



CGFP

fonction publique

numéro 3, octobre 2012
paraît 4 fois par an
1^{ère} année

compact



Photo: Tom Wagner

*La CGFP présente
à Son Altesse Royale
le Grand-Duc Héritier
et à son épouse,
la Comtesse Stéphanie
de Lannoy, ses très
sincères félicitations
à l'occasion de leur
mariage, tout en
les assurant de sa
sympathie et de
son attachement*

Haushaltsvorlage für das Jahr 2013:

Maßnahmen weitgehend zu Lasten der Mittelschicht

Die Maßnahmen gingen wieder einmal zu großen Teilen zu Lasten der Mittelschicht, reagierte in einer ersten Stellungnahme die Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP auf die Vorstellung der Eckwerte der Haushaltsvorlage für das Jahr 2013. Wohl werde immer wieder von „den breiten Schultern“ gesprochen, doch könne man getrost die Frage stellen, wo der Beitrag „der wirklich breiten Schultern“ denn bleibe.

Allein durch seine Bereitschaft, das zwischen CGFP und Regierung in zum Teil mühseligen und langatmigen Verhandlungen zustande gekommene Gehälterabkommen um zwei Jahre zu verschieben, habe der öffentliche Dienst, nicht zuletzt aufgrund seiner besonderen Stellung zu seinem Arbeitgeber Staat und im Interesse des Landes, einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet, erinnert die CGFP.

Eins stehe für die CGFP aber auch fest: Ohne Gehälterabkommen könne es auch keine Gehälterreform geben, seien diese beiden Abkommen doch stets von Regierungsseite als ein Ganzes betrachtet worden. Darüber hinaus sei für die CGFP aber auch sicher, dass mit der Unterzeichnung dieses Zusatzabkommens bis zum Ende seiner Laufzeit im Dezember 2015 die von Regierungsseite kurzzeitig öffentlich in Frage gestellten sozialen Errungenschaften der öffentlich Bediensteten längerfristig abgesichert blieben.

Dass die öffentlichen Ausgaben und Investitionen auf recht hohem Niveau blieben, könne auf Seiten der CGFP nur begrüßt werden. Jede andere Entscheidung habe gerade in dem schwierigen konjunkturellen Umfeld,

in dem wir uns derzeit befinden, von negativen Auswirkungen begleitet werden können. Vor dem Hintergrund der budgetären Entwicklungen im Jahre 2011 und im ersten Semester 2012 schätze die Haushaltsvorlage die staatlichen Einnahmen für das Jahr 2013 nach Darstellung der CGFP allerdings zu vorsichtig ein, seien die öffentlichen Finanzen doch weitaus besser als ihr Ruf.

CGFP: Aussetzung des „Ajustement“ inakzeptabel

Ein Punkt, mit dem sich die CGFP keinesfalls anfreunden könne, betreffe die von Regierungsseite beabsichtigte Aussetzung der automatischen Anpassung der Pensionen und Renten an die allgemeine Lohnentwicklung zum 1. Januar 2013. Gerade bei Rentnern mit kleineren Bezügen käme eine solche Maßnahme einer gewaltigen Schmälerung derer Kaufkraft gleich, begründet die CGFP ihre diesbezügliche Haltung. Für die CGFP jedenfalls sei es unverständlich und inakzeptabel zugleich, dass die im Ruhestand lebenden Kollegen, Witwen und Hinterbliebenen auf einmal nicht mehr Anteil haben sollen an der Lohnentwicklung und am allgemeinen Wirtschaftswachstum. Allein schon deshalb trete sie verstärkt für den Erhalt des „Ajustement“ ein.

Insgesamt wolle sich die CGFP auch künftig entschieden gegen jedweden schleichenden Abbau im Pensionswesen stark machen. Und aus diesem Grunde habe sie auch ihre Teilnahme an der Protestaktion vom 16. Oktober 2012 zugesagt (siehe hierzu unseren eigenen Bericht auf Seite 5).

s.h.

PERIODIQUE



LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

Port payé
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

CGFP gegen jedweden Sozialabbau

Sozialrentrée bei der CGFP



Im Anschluss an den Nationalvorstand nahm die CGFP-Exekutive vor einer Pressekonferenz Stellung zu sozialpolitischen Themen

Die Eckwerte der Haushaltsvorlage für das Jahr 2013 und insbesondere die angekündigten Nachbesserungen waren die Kernthemen der jüngsten Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes, die zugleich die diesjährige Sozialrentrée der CGFP bildete.

Ganz offensichtlich sei nun mit erheblichem Sozialabbau zu rechnen, dem es sich ebenso entschlossen zu widersetzen gelte, so eine zentrale Botschaft. Mit Befremden wurde dann auch zur Kenntnis genommen, dass die erst am 2. Oktober vorgestellten Eckwerte der Haushaltsvorlage schon knapp eine Woche später nicht mehr den derzeitigen Gegebenheiten entsprechen sollten – und das trotz monatelanger Vorbereitungen, Klausurtagungen und der sogenannten Beichtstuhlgespräche zwischen Finanzminister und den einzelnen Ressortministern.

Dass die zusätzlich zu erwartenden Sparmaßnahmen nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten oder gar des öffentlichen Dienstes gehen dürften, verstehe sich dabei von selbst. Wenn die Politik etwa behaupte, sie müsse ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen, stelle sich die Frage der vertraglichen Bindung ebenso auf nationaler Ebene in Bezug auf den öffentlichen Dienst. Auch hier habe die Regierung einem nach zum Teil langatmigen Verhandlungen mit der CGFP zustande gekommenen Abkommen zugestimmt, das es nun zu respektieren gelte.

Stichwort Dienstrechtsreform: Nachdem der Gesetzentwurf Ende Juli in der Abgeordnetenkammer hinterlegt worden sei, stünden

die eigentlichen Arbeiten jetzt erst an, und zwar dann, wenn es darum ginge, die in der Gesetzesvorlage enthaltenen Maßnahmen in die Praxis umzusetzen. Für die CGFP stehe allemal fest, dass es sich bei diesem Vorhaben um ein ganzes Maßnahmenpaket handle, das nur in seiner Gesamtheit umgesetzt werden könne. Und dazu zähle auch das nach schwierigen Verhandlungen erzielte Besoldungsabkommen für den öffentlichen Dienst, sei es doch die Regierung gewesen, die beide Abkommen stets mit einander verknüpft habe.

Die Protestaktion vom 16. Oktober 2012 gegen die Reformpläne der Regierung in Bezug auf die Renten- und Pensionsordnung wertete der CGFP-Nationalvorstand als großen Erfolg. Es könne einfach nicht angehen, dass ausgerechnet das „Ajustement“, das dem öffentlichen Dienst in den 90er Jahren nach einem harten Arbeitskampf als Ersatz für das damals geltende Ausgleichssystem, die sogenannte „Péréquation“, aufgezwungen worden sei, nun auch noch in Frage gestellt würde. Die CGFP jedenfalls sehe nicht ein, dass die heutigen und zukünftigen pensionierten Kollegen auf einmal nicht mehr Anteil haben sollen an der allgemeinen Lohnentwicklung und am Wirtschaftswachstum, eine Diskriminierung, gegen die sie sich auch weiterhin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren wisse.

Hinsichtlich der Einführung einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst nach den Bestimmungen des zweiten Pfeilers der Altersvorsorge wolle sich die CGFP auch wei-

terhin für eine kurzfristige Lösung stark machen. Noch im Laufe des Monats November sollen weitere Gespräche mit der Regierung stattfinden, auf dass diese verfassungswidrige Benachteiligung endlich aus der Welt geschaffen würde.

Was nun die Einführung von Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst betreffe, könne sich die CGFP dem Gutachten der Berufskammer der öffentlichen Bediensteten nur anschließen und auf eine rasche Umsetzung drängen – und zwar ungeachtet dessen, was in dieser Frage anderweitig im nicht öffentlichen Bereich zur Diskussion stehe.

Bezüglich der Erteilung einer staatlichen Zinssubvention beim Kauf einer Wohnung erneuerte die CGFP ihre Kritik an der neuen, an die Familienzulagen („allocations familiales“) gekoppelte Regelung, nach der insbesondere pensionierte Kollegen auf einmal von diesem staatlichen Zuschuss ausgeschlossen blieben. Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang, dass der vorliegende Text nun aufgrund eines Gutachtens der Beamtenkammer und auf Druck der CGFP nachgebessert werden soll.

Auf internationaler Ebene schließlich bekräftigte die CGFP ihr Bekenntnis zur CESI, der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften, der sie als Gründungsmitglied angehört. Hingewiesen wurde bereits jetzt auf den am kommenden 1. Dezember in Brüssel tagenden CESI-Kongress, in dessen Rahmen die Gremien der CESI und deren Vorsitzender nach Beendigung einer vierjährigen Mandatszeit neu bestimmt werden. **s.h.**

GRATIS!

CGFP - Website

www.cgfp.lu

Abonnieren Sie jetzt
die CGFP-Newsletter

Immer
topaktuell
unter
www.cgfp.lu

~~Risiko~~

Auf
Nummer
sicher!

CGFP Assurances

16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg
Tél.: 27 04 28 01
www.cgfp-assurances.lu

„Pensionsreform darf nicht auf dem Buckel der jüngeren Generationen ausgetragen werden“

Die Pensionsreform dürfe keinesfalls auf dem Buckel der jüngeren Generationen ausgetragen werden, mahnte bei der Protestaktion vom 16. Oktober CGFP-Generalsekretär Romain Wolff. Das zum 1. Januar 2013 geschuldete „Ajustement“ von 1,5 Prozent hingegen müsse auf alle Fälle ausbezahlt werden, forderte der CGFP-Sprecher. Es könne einfach nicht angehen, dass ausgerechnet die pensionierten Kollegen auf einmal nicht mehr Anteil haben sollten an der allgemeinen Lohnentwicklung und am Wirtschaftswachstum – gerade in einer Zeit, in der die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die vorgenommenen Index-Manipulationen ohnehin schon stark geschmälert worden sei. Über 3.000 Teilnehmer waren an dem Dienstagnachmittag dem Aufruf (fast) aller

Ein Zwischenruf

Mit über 3.000 Teilnehmern kannte die Protestaktion vom 16. Oktober gegen die von Regierungsseite vorgelegten Reformpläne zur Zerschlagung der Renten- und Pensionsordnung einen überragenden Erfolg. Jeder, dem die Altersvorsorge am Herzen liegt, war gekommen, um – als Bekenntnis des Zusammenhalts – ein deutliches Zeichen zu setzen und eine klare Botschaft an die Adresse der politischen Führung zu richten.

Einzig und allein die LCGB-Spitze war dem Großereignis ferngeblieben, wodurch der Christliche Gewerkschaftsbund und insbesondere dessen Vorsitzender nicht nur an Glaubwürdigkeit verloren, sondern sich selbst auch noch ins sozialpolitische Abseits manövriert haben. Umso erfreulicher war es, neben der LCGB-nahen Eisenbahnergewerkschaft Syprolux auch LCGB-Mitglieder auf dem Clairefontaine-Platz zu sehen, die sich vom Alleingang ihres Vorsitzenden nicht hatten beirren lassen.

Einen Verbündeten scheint der LCGB-Präsident allemal zu haben, und zwar das ideologisch ähnlich gelagerte „Luxemburger Wort“. Wie sonst wäre zu erklären, dass die Bistumszeitung dem LCGB-Vorsitzenden in den vergangenen Wochen haufenweise Gratisseiten zur Verfügung stellte, um seine seltsame Haltung mit ebenso seltsamen Erklärungen zu begründen? – Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...

Eine Frage bleibt allerdings offen, und zwar wie der LCGB in den kommenden Wochen – als Hausgewerkschaft des „Luxemburger Wort“ – der LW-Geschäftsleitung die Stirn bieten will und einen vernünftigen Sozialplan für um die 80 betroffene „saint-paul“-Mitarbeiter aushandeln soll, wenn sich dieselbe LW-Geschäftsleitung dem LCGB-Vorsitzenden gegenüber derart großzügig verhält – auch das eine Frage der Glaubwürdigkeit!

**Steve Heiliger,
Chefredakteur**

Gewerkschaften gefolgt, um im Rahmen einer gemeinsamen Protestaktion auf der hauptstädtischen Place Clairefontaine gegen die Reformpläne der Regierung in Bezug auf die derzeitige Renten- und Pensionsordnung zu demonstrieren. Allein schon durch ihre massive Präsenz brachten die Manifestanten ihre ablehnende Haltung bezüglich der Gesetzesvorlage für eine rückschrittliche Pensionsreform ganz deutlich zum Ausdruck.

Die rege Teilnahme an der Protestaktion wertete Romain Wolff als deutliches Bekenntnis des Zusammenhalts. Gerade in einer so wichtigen Frage wie dem Fortbestand unseres Pensionsystems sei es für die Gewerkschaften in der Tat von absoluter Bedeutung, sich nicht auseinander dividieren zu lassen. Schließlich sei es die Aufgabe der Arbeitnehmerverbände, den sozialen Fortschritt zu sichern und dem Salariat so eine bessere Zukunft zu garantieren – und das in allen Bereichen.

Wie die anderen teilnehmenden Gewerkschaften halte auch die CGFP uneingeschränkt am bewährten Generationenvertrag fest, der auf Gegenseitigkeit beruhe und so die Aktiven und deren Vorgänger eng verbinde. Schließlich seien es die heute pensionierten Kolleginnen und Kollegen gewesen, die das jetzige Pensionssystem und – damit verbunden – das heutige Pensionsniveau mit der Unterstützung ihrer Gewerkschaften schwer erkämpft hätten.

Gerade der öffentliche Dienst habe Ende der 90er Jahre schon einmal eine Pensionsreform über sich ergehen lassen müssen, bei der es schlicht und einfach darum gegangen sei, „den einen etwas zu nehmen, um den anderen nichts geben zu müssen“. Und Romain Wolff wörtlich: „Wir haben damals erleben müssen, wie sich eine rückschrittliche Regierungskoalition mit Walze und Bagger durchsetzte und ihre hinterhältigen Absichten trotz gerichtlicher



Für CGFP-Generalsekretär Romain Wolff sind Nachbesserungen am nun vorliegenden Gesetzentwurf von absoluter Notwendigkeit

Verurteilung rücksichtslos und unter völliger Mitwirkung ihrer Parteien umsetzte.“

Die derzeitige Pensionsordnung jedenfalls habe sich bewährt und es gebe keinen Anlass, sie auch nur ansatzweise in Frage zu stellen. Und allein schon aus diesem Grunde müsse der nun vorliegende Gesetzentwurf nachgebessert werden. Vermissen würde man in der Vorlage auch etwa die Möglichkeit einer betrieblichen Zusatzpension in allen Sektoren, auch im öffentlichen Dienst, sei dieser doch durch Gesetz von 1999 ausdrücklich von dieser Form der Altersvorsorge ausgeschlossen worden. Und wieder einmal habe man es verpasst, diesen verfassungswidrigen Ausschluss endlich aus der Welt zu schaffen.

Auf Seite der Gewerkschaften bestehe nach wie vor Dialogbereitschaft. Wenn die Regierung jedoch auf Konfrontationskurs gehen wolle, müsse sie wissen, dass die Gewerkschaften schnell und energisch reagieren können, warnte abschließend Romain Wolff. **s.h.**



CGFP

– eine Erfolgsgeschichte

- ▶ Wir haben den Fortschritt gewährleistet und Ihren sozialen Besitzstand mit allen Mitteln verteidigt.
- ▶ Wir haben durch ununterbrochenen Einsatz bedeutende Aufbauarbeit geleistet, Strukturen und Dienstleistungen geschaffen, die sich zeigen lassen.
- ▶ Wir haben damit der öffentlichen Funktion und ihrer Berufsbewegung zu Ansehen und Respekt verholfen.
- ▶ Mit der öffentlichen Funktion muss gerechnet werden.
- ▶ Die CGFP ist heute ein ebenbürtiger Partner auf der sozialen Ebene. An ihr kommt niemand mehr vorbei.
- ▶ Wir wollen weiterhin eine unabhängige, geeinte und solidarische öffentliche Funktion, sowohl im Dienste all unserer Mitglieder als auch der nationalen Gemeinschaft.



Der Allgemeine Staatsbeamtenverband



Bonjour Bébé !

Le suivi des premiers jours

Un projet de

CGFP
Aide au développement



Les bébés qui ont inspiré la création du service Bonjour Bébé !:

- PAUL (ci-dessus)
- TORIK (en bas)
- MERVEILLE (en haut à droite)
- JUNIOR (en bas à droite)
- MARIE-JO (page devant)



Bonjour Bébé !

LE SUIVI POST-NATAL ET POST-PARTUM A DOMICILE

POURQUOI UN SUIVI APRÈS LA NAISSANCE ?

Avoir un bébé est un événement particulier dans la vie d'une femme et ce n'est pas une étape facile. Ni en Afrique, ni ailleurs. La jeune mère se trouve dans une situation vulnérable : 60 % des décès maternels surviennent dans les deux semaines après l'accouchement à cause d'hémorragies, d'infections obstétriques ou de tension artérielle trop élevée.

En Afrique subsaharienne meurent chaque année quatre millions d'enfants de moins de cinq ans, dont 40 % n'atteignant pas l'âge de 4 semaines.

BONJOUR BÉBÉ !

Avoir accès à l'information n'est pas facile en Afrique. La jeune mère est entourée par les membres féminins de sa famille, mais si un problème surgit, même mineur, ceci dépasse souvent les connaissances familiales. Par manque d'informations fiables, des bébés sains meurent donc pour des causes faciles à résoudre.

En Europe, la présence d'une sage-femme expérimentée constitue un soulagement énorme, en Afrique elle décide de la vie ou de la mort de la maman ou du bébé. Il s'agit donc de mettre à disposition de la jeune mère une conseillère compétente qui l'accompagne avec son bébé les premiers jours après la naissance.

POURQUOI À DOMICILE ?

La visite à domicile permet de connaître les conditions de vie réelles de la maman et du bébé et d'éviter ainsi de donner des conseils théoriques pour lesquels la famille n'a pas les moyens de les réaliser.

DOMICILE PAR UNE SAGE-FEMME.

QUE FAIT LA SAGE-FEMME?

- Vérifier l'état de santé du bébé et de sa maman.
- Contrôler le cordon du bébé et montrer à sa maman les soins qu'elle doit y donner.
- Contrôler et désinfecter les sutures et cicatrices de la maman.
- Vérifier que l'allaitement se passe bien et que le bébé prend du poids.
- Donner des conseils sur l'alimentation de la maman.
- En cas de problèmes avec l'allaitement au sein, proposer des alternatives adaptées au milieu de vie de la famille.
- Renseigner sur les conditions d'hygiène nécessaires pour le bien-être du nouveau-né.
- Vérifier que le bébé dort sous moustiquaire.
- Donner des informations sur la vaccination.
- Être à la disposition des jeunes parents pour leurs questions et inquiétudes.



NOTRE ENGAGEMENT

- Les dons effectués au projet parviennent à 100 % au Service Bonjour Bébé au Togo. Ils servent à payer le salaire des sages-femmes, leur déplacement, l'équipement utilisé pour les soins et le matériel mis à disposition des mamans.
- La comptabilité du service est transparente et peut être consultée par les donateurs.

QUI SOMMES-NOUS ?

Notre équipe réalise depuis 2004 des projets au Togo dans le domaine agricole, hydraulique villageoise et santé. Suite aux expériences vécues, nous avons réuni des sages-femmes et médecins togolais pour créer le service de « Bonjour Bébé ! ».



Sauver la vie d'un bébé en l'accompagnant pendant les premiers jours de sa vie.

SOUTENIR BONJOUR BEBE !

- Vous pouvez soutenir notre service en faisant un don à :

Fondation CGFP de Secours

B.P. 210
L-2012 Luxembourg



Aide au développement

CCPL : IBAN LU46 1111 0733 4614 0000

BCEE : IBAN LU57 0019 1000 2060 6000

avec la mention : *Bonjour Bébé !*

La Fondation CGFP de Secours est agréée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995; les dons versés à son compte sont fiscalement déductibles.

- Contactez-nous par mail pour connaître les mamans et bébés que votre don a soutenu :

Bonjourbebe@email.de



Bonjour Bébé

Le suivi des premiers jours

Email : Bonjourbebe@email.de

Die erfolgreiche Reform der Staatsangehörigkeit spricht gegen ständige Gesetzesänderungen

Wohl gerade weil sie eine langdiskutierte Schweregeburt war, wurde die Reform der Luxemburger Staatsangehörigkeit samt Doppelnationalität zu einem Erfolg. Weil man gut und gründlich überlegt hatte, und weil man alle Argumente gehört hatte, nicht nur pro und contra, sondern vor allem auch nach dem Warum sowie dem Wie und den Begleitmaßnahmen.

Die enorme Einwanderungswelle, die sich unlängst noch erheblich beschleunigt hat, nicht trotz, sondern wegen der Wirtschaftskrise, würde die Luxemburger schnell zu einer Minderheit im eigenen Lande machen, ohne die Einbürgerung von bewährten und integrationswilligen Immigranten.

Wesentlich ist jedoch, dass dabei und dadurch der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt bleibt und gefördert wird, nicht zuletzt durch die gemeinsame Sprache, in welcher der politische Dialog stattfindet, an dem die neuen Luxemburger teilnehmen sollen.

Die Dynamik einer vielsprachigen Wirtschaft mit vielen Einwanderern und Grenzgängern ruht auf dem soliden Fundament von politischer Stabilität und sozialer Kohäsion.

Der außergewöhnliche Zuspruch, den die neugeschaffenen Möglichkeiten zum Erwerb unserer Nationalität finden, ist der beste Beweis, dass es eine gute Reform war, die man deswegen nicht sogleich wieder in Frage stellen sollte. Jene, die als Arbeitnehmer hergekommen sind, um bei uns ihr tägliches Brot für sich und die Ihren zu verdienen, fühlen sich nun wohl hier, finden sich hier zuhause. Was für ein Kompliment für die Luxemburger Gesellschaft!

Wenn es sich nun erweist, dass die vorgesehenen Einschränkungen bezüglich gerichtlicher Vorstrafen nicht streng genug sind, so sollte man das natürlich ausbessern, wozu es aber wohl keiner enormen öffentlichen Debatte bedarf. Ansonsten aber sollten die Politiker einsehen, dass ihre begrenzte

Glaubwürdigkeit klar darunter leidet, dass sie nach einer permanenten Selbstinszenierung. Befassen sollte man sich vorrangig mit der Arbeitslosigkeit anstatt mit Firlelfanz.

Unsere Staatsangehörigkeit ist reformiert, und sie ist offensichtlich erfolgreich reformiert. Ist es nun aber so, dass unsere Politik sich bereits derart an schlecht zusammengeschusterte Gesetze gewöhnt hat, dass für sie „nach der Reform“ immer sogleich „vor der (nächsten) Reform“ bedeutet? Das politische Geschehen kann doch nicht ständig beherrscht werden von unnötigem Aktivismus und vom bloßen Drang nach Showbusiness.

Und dann noch etwas: Wenn die Profit-Lobbyisten etwas vorschlagen, so ist dies immer im Interesse des Unternehmensgewinns, nie im Interesse des Landes. Vor den Plädoyers dieser vaterlandslosen Gesellen sollte sich die Politik in Acht nehmen.

V.

Keine Fedil-Strategie für unsere Wirtschaft, unseren Staat und unsere Gesellschaft

Fedil und ABBL fordern den Abbau des Sozialstaates. Ansonsten hätte unser Land keine Überlebenschance. Und die lokale Presse, viele Parlamentarier, ein Teil schlecht informierter Bürger fallen auf die geschickte Propaganda herein. Ein Beispiel ist hier das einheitliche Denken in Sachen teurer Staat und marode Staatsfinanzen.

Viele Kritiker der angeblich unverantwortlichen Haushaltspolitik der Regierung haben sich nie im Geringsten in die Details der Staatskonten hineingekniert. Sie wiederholen nur lautstark, was ihnen die hochbesoldeten Spinddoktoren des Patronats vorbeten, und was die dafür bezahlten ausländischen Think Tanks und die weltfremden Ideologen in Währungsfonds, OECD und EU eifrig begutachten.

In den Medien verkauft man uns als Wahrheit und als reine Wissenschaft, was nichts als unverfrorene Interessenvertretung ist. Die Sparapostel wollen nicht einen schlanken, sondern einen schwachen Staat, der sich darauf beschränkt, die Wege freizuhalten für das große Profit-Machen. Der fette, träge Staat müsse abnehmen, sagen sie, denn er sei eine Belastung für die Dynamik des produktiven Privatsektors.

Hierzu ein kleiner Denkanstoß. Weltweit ist die sogenannte „Staatsquote“ (das heißt das Gewicht der Staatsfinanzen an der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes) kaum irgendwo so hoch wie in den skandinavischen Ländern. In Dänemark erreicht

sie beispielsweise 57,9%. Im Gegenzug dazu sind natürlich auch die Leistungen des öffentlichen Dienstes und des Sozialsystems entsprechend besser und breiter.

Wenn in Luxemburg Fedil und ABBL und in den USA der Präsidentschaftskandidat Romney denn Recht hätten und alles Heil käme von dem Schrumpfen des Staates, so müssten diese Länder schon längst den Abhang hinunter gerutscht sein. Wo aber ist die derzeitige Wirtschaftskrise weniger zu spüren als

in Skandinavien? Wo ist das Wachstum derzeit höher, die Leistungsbilanz positiver, die Arbeitslosigkeit niedriger als in Nordeuropa?

Zu den Fakten: Nach den letzten Berechnungen von Eurostat liegt die Staatsquote in Luxemburg bei 42,0%, identisch übrigens mit dem Niveau der Vereinigten Staaten, gegenüber 45,6% in Deutschland, 54,3% in Belgien, 55,9% in Frankreich. Von wegen teurer Staat in Luxemburg!

L.

Staatsverschuldung und Budgetdefizit rückläufig

Haben Sie nicht auch aus den Medien zurückbehalten, dass unsere Staatsfinanzen verlottert sind und dass die Staatsschuld und das Budgetdefizit wachsen? Nein, da haben Sie nicht geträumt: Auch die Oppositionsfractionen im Parlament und die Tenöre der Majorität stellen die Sachlage so dar. Das liegt aber lediglich daran, dass die allermeisten Politiker und Journalisten nur genau das wiederholen, was auch Sie gehört und gelesen haben. Mit den Fakten hat dies allerdings nichts zu tun.

In Wirklichkeit ging unser Staatsdefizit, berechnet nach der ominösen Maastricht-Formel, zwischen 2010 und 2011 von 0,8%

des Bruttoinlandsproduktes auf 0,3% zurück. Erlaubt sind bekanntlich 3,0%, und ursprünglich vorhergesagt für 2011 waren 3,0% (nach Austeritätsmaßnahmen, vorher sogar 5,0%). Die Staatsschuld dagegen ist für den gesamten öffentlichen Sektor im Laufe des Jahres 2011 von 19,2% auf 18,3% zurückgegangen, und für den Zentralstaat selbst von 16,8% auf 16,0%.

Warum hört man dies nicht, warum liest man dies nicht? Weil dies der Fedil im Flüsterkasten nicht in die Propaganda passt, und die Sonntagsredner, Leitartikler und „Carte-blanche“-Verfasser selbst keine Fakten recherchieren. Für Selbstinszenierungen braucht man diese nicht.

Sondersprechtage ab 4. Dezember

**Informieren Sie sich jetzt
und nutzen Sie noch schnell die Vorteile des BHW / CGFP-Bausparens und
des CGFP-Versicherungsangebots für das laufende Steuerjahr!**

Ein Leben im eigenen Haus, in der eigenen Wohnung, gut abgesichert – das muss nicht länger ein Traum bleiben. Wie bereits so vielen Menschen kann ein Bausparvertrag auch Ihnen bei der Erfüllung Ihrer Wünsche helfen.

Den ersten Schritt sollten Sie am besten gleich tun: zum Beispiel sich über die Vorteile eines **BHW-Bausparvertrags** oder **Sofortkredits** sowie der **CGFP-Versicherungen** informieren. Wenn Sie dies noch vor Jahresende tun, haben Sie die Möglichkeit, die Steuervorteile für das Jahr 2012 voll zu nutzen.

Nach dem großen Erfolg der Sondersprechtage im vergangenen Jahr laden die **Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement**, die **BHW Bausparkasse** und die **CGFP-Versicherungen** auch in diesem Jahr alle Interessierten zu einem unverbindlichen Beratungsgespräch ein, und zwar an folgenden Tagen:

- ▶ **vom 4. bis 20. Dezember jeden Dienstag und Donnerstag zwischen 17 und 19 Uhr (außer am Nikolaustag)**
- ▶ **vom 1. bis 22. Dezember jeden Samstag von 9 bis 13 Uhr**

am Sitz der

**Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement /
BHW Bausparkasse AG Niederlassung Luxemburg
CGFP Assurances
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg-Kirchberg**

BITTE RESERVIEREN SIE IHREN BERATUNGSTERMIN: CGFP-TEL. 47 36 51

Rufen Sie noch heute an und nutzen Sie die Steuervorteile des Bausparens und der Zusatzpensionsversicherung für das Jahr 2012. Kompetente Bausparberater, Kreditvermittler und Versicherungsexperten stehen zu Ihrer Verfügung!



„Schüler zu einem bestmöglichen Schulabschluss führen“

Überaus großes Angebot an didaktischem Zusatzmaterial

Bereits zum 17. Mal in Folge fand zu diesem Schulanfang die vom „Syndicat National des Enseignants“ (SNE/CGFP) organisierte LuxDidac in den Mehrzweckräumen des „Forum Geesseknäppchen“ in Merl statt. An vier Tagen präsentierten auch in diesem Jahr in- und ausländische Verleger didaktisches Zusatzmaterial, das sich sowohl an Lehrer und Professoren als auch an Eltern und Erzieher richtet. Auf einer Ausstellungsfläche von mehr als 600 Quadratmetern fanden die Besucher ein mannigfaltiges Angebot von pädagogischem und praxisbezogenem Unterrichtsmaterial für die verschiedenen Lernfächer und Schulstufen.

Die LuxDidac bietet den Verantwortlichen des SNE aber auch alljährlich die Gelegenheit, die Unterrichtspolitik kritisch zu beurteilen. Für den Vorsitzenden der Lehrgewerkschaft, Patrick Remakel, ist es beispielsweise unverzichtbar, die Lehrerinnen und Lehrer der Grundschulen verstärkt in die Umsetzung der Schulreform einzubinden. Dazu aber müsse das Vertrauen in das Bildungsministerium erst wieder einmal hergestellt werden, urteilte der SNE-Vorsitzende, der zuvor alle Anwesenden bei der Eröffnungsfeier recht herzlich begrüßt hatte, allen voran Unterrichtsministerin Mady Delvaux-Stehres, umgeben von ihren engsten Mitarbeitern, mehrere Abgeordnete, „Inspecteur-attaché“ Guy Strauss und, als Vertreter des SNE-Dachverbandes, CGFP-Generalsekretär Romain Wolff.

Als Mitgliedsorganisation der CGFP, so Patrick Remakel weiter, stehe der SNE nach wie vor zu dem in schwierigen Verhandlungen zwischen Regierung und CGFP zustande gekommenen Maßnahmenpaket bezüg-

In Anwesenheit zahlreicher Gäste wurde die diesjährige LuxDidac offiziell eröffnet



lich einer Reform des öffentlichen Dienstes, vorausgesetzt, die Umsetzung trage den spezifischen Bedürfnissen des Unterrichtswesens auch Rechnung. Die sektoriellen Fachverbände jedenfalls seien jetzt dazu aufgerufen, mit ihren jeweiligen Ressortministern Verhandlungen zu führen. Und nur wenn es bei diesen Verhandlungen zu keinerlei Einigung komme, sei der Weg frei, eine mögliche Streikprozedur anlaufen zu lassen.

Unterrichtsministerin Mady Delvaux-Stehres erinnerte ihrerseits an ihr Leitmotiv zur diesjährigen Schulrentée: „Zesumme fir eis Kanner“. Getreu diesem Motto müssten in der Tat alle schulischen Partner Hand mit anlegen, um zu vernünftigen Ergebnissen zu gelangen. Dazu zählten in erster Linie die Lehrerinnen und Lehrer der Grundschulen, aber auch die Gemeinden oder die Eltern. In Anlehnung an den zweiten Teil ihres Leitmotivs müsse die oberste Zielsetzung darin bestehen, die

Schülerinnen und Schüler zu einem bestmöglichen Schulabschluss zu führen.

Die vom SNE ausgetragene LuxDidac wertete die Unterrichtsministerin als einen unumgänglichen Termin zum Schulanfang mit dem Ziel, den Schulen „praxistaugliches Unterrichtsmaterial“ zur Verfügung zu stellen. Dass das Unterrichtsministerium der LuxDidac ein ganz besonderes Augenmerk zukommen lasse, werde allein schon dadurch deutlich, dass das MENFP mit einem eigenen Stand an der Ausstellung teilnehme.

Jedes Jahr gehört aber auch eine Konferenz zu einem aktuellen Thema zur LuxDidac. In diesem Jahr referierte der renommierte Prof. Dr. Jürgen Oelkers zum Thema: „Noten und Leistungen: Praktische Befunde“.

Mit einem Rundgang durch die Ausstellung und einem von der CGFP angebotenen Ehrenwein wurde die offizielle Eröffnungsfeier der diesjährigen LuxDidac beendet. **s.h.**

BHW-Beratung bei der „Semaine du Logement“

Anlässlich der nunmehr bereits 15. Auflage der „Semaine du Logement“, die vom 28. September bis 1. Oktober 2012 in den Messehallen auf Kirchberg stattfand, war auch der CGFP-Kooperationspartner BHW erneut mit einem Informationsstand vertreten. Die sachkundigen Berater der BHW-Bausparkasse informierten die zahlreichen Messebesucher eingehend in Sachen Baufinanzierung und boten gleichzeitig die vielfältigen Produkte aus dem CGFP-Versicherungsangebot an.

Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Preisentwicklungen auf dem nationalen Immobilienmarkt bleibt der Wohnungserwerb schwierig. Gut beraten ist auf jeden Fall, wer sich schon sehr früh Gedanken über ein Eigenheim und dessen Finanzierung macht.

Eine sinnvolle Alternative mit vielen Vorteilen gegenüber einem herkömmlichen Bankdarlehen ist sicherlich die Finanzierung des Eigenheims über einen Bauspar-Vertrag, wie ihn die „Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement“

Unser Bild zeigt den BHW-Direktionsbeauftragten für den öffentlichen Dienst Lothar Meyer (Bildmitte), umgeben von (v.l.n.r.) Vertriebsleiter Andrés Lamas, Vertriebsleiterin Chantal Back, BHW-Finanzierungsberaterin Karen Fitzke und BHW-Finanzierungsberater Herbert Johannes



im Verbund mit BHW anbietet, nicht zuletzt auch, weil die Zinserträge aus Bausparverträgen von der Quellensteuer befreit sind.

Der Zugang zum Eigenheim liegt der CGFP seit jeher besonders am Herzen. Bereits in den

70er Jahren ging die CGFP eine Kooperation mit dem Beamtenheimstättenwerk BHW ein, um CGFP-Mitgliedern Geldmittel zum Wohnungsbau zu günstigen Bedingungen zu vermitteln. **s.h.**

Wartezeitenerlass bis 31. Dezember 2012

Informationen aus aktuellem Anlass

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 1. März 2011 müssen Assekuranzen ab 21. Dezember 2012 Unisex-Tarife anbieten. Hintergrund für diese Entscheidung und grundlegendes Prinzip der EU ist, dass Frauen und Männer gleichgestellt sein müssen und die Beiträge anzugleichen sind.

In der Praxis war es bislang so, dass bei den versicherungstechnischen Kalkulationen das Geschlecht berücksichtigt wurde. Frauen mussten in Folge dessen einen oft höheren Beitrag zahlen, weil sie, statistisch gesehen, eine längere Lebenserwartung haben.

Laut Europäischem Gerichtshof diskriminiert diese Vorgehensweise Frauen. Der EuGH hat darum entschieden, dass das Geschlecht künftig die Versicherungsbeiträge nicht beeinflussen darf.

Die europäische Gleichstellungsrichtlinie verlangt grundsätzlich schon seit dem 21. Dezember 2007 Unisex-Tarife für Versicherungen. Die derzeitige Abweichung wurde als Ausnahme formuliert, die jedoch nach der als angemessen eingeräumten Übergangsfrist von fünf Jahren nunmehr ungültig wird.

Die DKV Luxembourg, seit letztem Jahr Kooperationspartner von CGFP-Services, ist – wie alle Assekuranzen – aufgefordert, fristgerecht zum Ende des Jahres eine gleichgeschlechtliche Prämienberechnung anzubieten.

Sonderkonditionen für CGFP-Mitglieder

Für alle CGFP-Mitglieder besteht grundsätzlich die Möglichkeit, im Rahmen der Kooperation mit der DKV Luxembourg zu besonders günstigen Konditionen eine Gesundheitsvorsorge zu treffen – und das unabhängig von den vorgenannten Fristen. Sie macht darüber hinaus zusätzlich allen CGFP-Mitgliedern befristet bis zum 31. Dezember 2012 ein besonderes Angebot:

Jedes CGFP-Mitglied, das sich bis zum Jahresende für eine Absicherung seiner Krankheitskosten bei der DKV Luxembourg entscheidet, kommt nach Annahme des Versicherungsvertrages in den sofortigen Genuss des Versicherungsschutzes. Die gemäß der Allgemeinen Geschäftsbedingungen üblicherweise vorgesehenen

allgemeinen Wartezeiten von drei Monaten entfallen.

Das heißt sofortiger Versicherungsschutz nach Vertragsschluss für alle ambulanten und stationären Leistungen des gewählten Tarifes (mit Ausnahme der Leistungen für Schwangerschaft, Zahnersatz und Psychotherapie), und das sowohl für Frauen als auch für Männer.

Wer noch heute eine Gesundheitsvorsorge wählt, die die Versorgungslücke zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse schließt, profitiert im Gegenzug von der besten medizinischen Versorgung, die auf dem neuesten Stand der Forschung und Entwicklung basiert.

Seit 1981 ist die DKV Luxembourg leistungsstarker und zuverlässiger Partner ihrer Versicherten in Luxemburg und ermöglicht lebenslange Absicherungen.

Extra für die Mitglieder der CGFP hat die DKV Luxembourg eine Hotline und eine eigene E-Mail-Adresse, die eine sofortige Bearbeitung ihrer Anfrage garantieren, eingerichtet.

Telefon: 42 64 64-755
E-Mail: cgfp@dkv.lu



DKV
Luxembourg

Gut geschützt.
Ein Leben lang.

www.medienfabrik.lu

Tag für Tag. Beim Original!

Seit mehr als 30 Jahren sind wir die erfolgreichste private Krankenversicherung in Luxemburg. Unsere maßgeschneiderten Produkte bieten für jede Lebenssituation den optimalen Versicherungsschutz. Unsere Kunden schätzen uns als erfahrenen Spezialisten. Vertrauen auch Sie zukünftig auf uns!
Telefon 42 64 64-755 • www.dkv.lu • cgfp@dkv.lu

DKV – Voilà, de richtege Choix!

a member of **MUNICH HEALTH**

Ein Protokoll, sechs Werte

CESI-Fachtagung mit Luxemburger Beteiligung im polnischen Warschau

Die „Erbringung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen auf der Grundlage der in Protokoll 26 EUV und AEUV verankerten Werte“ lautete offiziell der Titel der jüngsten Fachtagung der CESI-Akademie Europa, die vom 10. bis 12. Oktober hochkarätige Redner und ein engagiertes Fachpublikum im polnischen Warschau zusammenführte. Hinter dem, was zunächst verwirrend und vielleicht etwas seltsam anmuten ließ, verbarg sich bei genauerer Betrachtung ein Dokument der EU-Kommission über die Dienste von allgemeinem Interesse, die – wie es der Vorsitzende der CESI-Akademie Wilhelm Gloss in seinem schriftlich hinterlegten Grußwort auf den Punkt brachte – „einer europäischen Auffassung des öffentlichen Dienstes entsprechen und deren Anerkennung durch die Europäische Union sich erst nach und nach vollzogen hat“.

Ein Blick in die Tagungsunterlagen bestätigt: Bis 2009 hatten diese Dienste überhaupt keine richtige rechtliche Grundlage. Erst der Vertrag von Lissabon stellte in dieser Hinsicht einen wichtigen Fortschritt dar, „weil er die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse aufwertet und sie zu einer vollumfänglichen Rechtskategorie werden lässt.“ Das europäische Konzept der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gründete auf dem sogenannten Subsidiaritätsprinzip. Darin verfügten die Mitgliedstaaten über eine weitreichende Ermessensbefugnis zur Festlegung, Organisation und Finanzierung derjenigen Dienstleistungen, die sie als solche von allgemeinem Interesse einstufen, um den Bedürfnissen ihrer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Hinzu komme nun, dass das europäische Recht, auf der Grundlage des im Titel der jüngsten CESI-Fachtagung erwähnten Protokolls 26 EUV und AEUV, neuerdings die Notwendigkeit vorsehe, für die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ein hohes Niveau zu gewährleisten in Bezug auf *Qualität und Sicherheit* und *Bezahlbarkeit* sowie hinsichtlich *Gleichbehandlung*, *Förderung des universellen Zugangs* und der *Nutzerrechte*. Diese sechs Werte seien maßgebend und in allen EU-Mitgliedstaaten zu garantieren.

Ziel der jüngsten CESI-Fachtagung in Polen war es denn auch, in den zu den einzelnen Vorgaben organisierten Podiumsdiskussionen Fragen, die in direktem Bezug zu diesen Prinzipien standen, zu erläutern: Warum bestehen diese sechs Werte? Welcher Realität werden sie gerecht? Welcher Nutzen ergibt sich aus dem derzeitigen vom Protokoll festgelegten Rahmen in den Mitgliedstaaten? Welche Rolle fällt den Beteiligten dabei zu? Und schließlich: Welche Aufgaben können die Ausschüsse für den sektoralen Dialog in den Bereichen Zentralverwaltungen, Lokal- und Regionalverwaltungen sowie Bildung bei der Definition dieser Werte und der europäischen Strategie hinsichtlich der Dienste von allgemeinem Interesse wahrnehmen?

Auch bei der jüngsten CESI-Fachtagung in Warschau war Luxemburg erneut mit einer Delegation vertreten



Eins wurde dabei allemal deutlich: Im Gegensatz zu seinen Vorgängern stelle der Vertrag von Lissabon eine echte rechtliche Grundlage für die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse dar. Er erwähne sie nicht nur, sondern widme ihnen im Anhang ein ganzes Protokoll, das über den gleichen rechtlichen Wert wie der Vertrag selbst verfüge.

Dass Theorie und Praxis nicht immer dasselbe seien, gab im polnischen Warschau gleich mehrfach Anlass zu Kritik: So sei das jetzt bereits mehrfach erwähnte Protokoll 26 wohl ein erster Schritt in die richtige Richtung zur Gewährleistung der Verbraucherrechte. Jetzt aber müsse dieses Protokoll auch Anwendung finden, wenn es seiner Zielsetzung gerecht werden wolle.

Auch aus den abschließend von CGFP-Generalsekretär Romain Wolff in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der CESI vorgebrachten Schlussfolgerungen wurde ersichtlich, dass die Fachtagung das Vorhandensein des Protokolls 26 mit seinen im Primärrecht verankerten Grundsätzen wohl begrüße. Auf der anderen Seite sei aber auch gewusst, dass die öffentlichen Dienste unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fielen mit sehr unterschiedlichen Kulturen in Bezug auf die Auffassung des Staates und des öffentlichen Datendienstes. So habe die Tagung deutlich gemacht, dass ein und derselbe Dienst in dem einen Mitgliedstaat als Dienst von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse bezeichnet werden könne, in einem anderen wiederum nicht. Ausgegangen würde dabei von den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, die sich von einem Mitgliedstaat zum anderen und sogar von einer Region zur anderen unterschieden.

Die hohe kulturelle Vielfalt der öffentlichen Dienste erkläre die Auswahl der sechs gemeinsamen Werte. Dieser Aspekt der Einfachheit auf den ersten Blick sei jedoch irreführend, denn dahinter stecke doch eine sehr hohe Komplexität von unterschiedlichen Realitäten um diese sechs Werte. So gebe es eine sehr große Wechselwirkung zwischen diesen sehr eng miteinander

verbundenen sechs Prinzipien. Wie könnten wir Pflegequalität von der Patientensicherheit entkoppeln, nannte Romain Wolff nur ein Beispiel unter vielen, um diese enge Wechselwirkung zu belegen. Andererseits habe die Fachtagung aber auch aufmerksam gemacht auf Widersprüche, die entstehen könnten, wenn man versuche, die Beachtung all dieser Werte anzustreben. So könne gerade in Krisenzeiten nicht allen Bürgerinnen und Bürgern der universelle Zugang zu ihren Rechten gewährleistet werden. Und das mache das Gefälle zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten noch größer.

Gerade jetzt, wo die Haushalte der öffentlichen Dienste einem immer stärkeren Druck ausgesetzt würden, könne man die Erschwinglichkeit gewisser Dienstleistungen kaum noch gewährleisten. Auch stelle sich die Frage, ob Protokoll 26 mit seinen sechs Prinzipien wirklich alle Werte beinhalte, die in einem schwierigen Umfeld erforderlich seien. Könne man nicht auch andere Werte verteidigen, die nicht in Protokoll 26 stünden, aber gerade in Krisenzeiten dort ihren Platz hätten, Werte wie Transparenz, Solidarität, Umwelt und nachhaltige Entwicklung.

Wer sich eingehend mit Protokoll 26 beschäftige, müsse zwischen zwei Stadien unterscheiden: einerseits der Theorie, also dem Protokoll selbst, und andererseits der Umsetzung in die Praxis. So sei jedenfalls zu bedauern, dass diese Vorschriften bisher nie als Grundlage für eine Gesetzgebung auf Initiative der Kommission gedient hätten. Und daher fordere die CESI auch, dass die Prinzipien aus Protokoll 26 trotz ihrer Komplexität und Unvollständigkeit kein totes Papier blieben, sondern wirklich in das abgeleitete Recht übertragen würden, auf das sich der Bürger dann auch berufen könne. Und Romain Wolff entschied: „Wir müssen das aufgreifen, was in Protokoll 26 steht, und uns dann stark machen für eine echte Umsetzung dieser Werte im Interesse aller Bürger, hin zu einem Europa der Bürger.“

s.h.



Wo steuern Sie hin?

Bausparen – Steuern sparen

Ihr BHW-Berater gibt Ihnen dazu die besten Tipps und informiert Sie über die staatlichen Steuerfreibeträge – damit Sie alles bekommen, was Ihnen zusteht. Sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.



BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg. www.bhw.lu

